

ARBEITSLOSIGKEIT

Demokraten sind sozial denkende Menschen. Arbeitslosigkeit halten sie für ein Übel. Auf dieses Übel angesprochen, pflegen sie energisch zu beteuern: "Damit dürfen wir uns nicht abfinden."
5 Gelegenheit zu solchen Bekenntnissen gibt ihnen der Arbeitsmarkt der Bundesrepublik seit Jahren reichlich. Seit der ersten Million - bei so markanten Zahlen ist dann von echter
Massenarbeitslosigkeit die Rede - finden sich Politiker, Gewerkschaftler und Journalisten
öffentlich nicht damit ab. Jede angekündigte oder vollzogene Entlassung ist eine Herausforderung
für sie; und immer landen sie bei der radikalen Forderung, jetzt und schon längst müsse gehandelt
10 werden. Der Konsens in dieser Frage ist erstaunlich. Gott und die Welt sind der Überzeugung, daß
Arbeitslosigkeit gebremst, vermindert und eigentlich ganz weg gehört.

Demokraten sind aber auch vernünftig und realistisch. Das heißt, sie prüfen ihre Wünsche und
unverzichtbaren Anliegen auch, und zwar an den Erfordernissen der Praxis. Sie halten sich an das
Machbare und Mögliche, anerkennen also auch Notwendigkeiten, wo immer sie welche antreffen.
15 Daß ein Unternehmen bei Verlusten, eingefahrenen oder drohenden, wegen Exportrückgang oder
sinkendem Dollar, nicht einfach Leute bezahlen und arbeiten lassen kann, leuchtet ihnen ein. Wo
kein Geschäft geht, ist "Beschäftigung" nicht drin. Umgekehrt muß die "Beschäftigung" natürlich
so bemessen sein, daß sie auch ein Geschäft garantiert. Denn ohne Geschäft keine
"Beschäftigung". Realistische Menschen wissen eben, welche "Sachzwänge" die Welt regieren.
20 Nur deswegen finden sie sich dann auch mit der Arbeitslosigkeit ab. Zähneknirschend und allzeit
bereit, die Opfer zu beklagen und zu bemitleiden, "resignieren" sie vor den inzwischen zwei oder
drei Millionen Arbeitslosen.

Demokraten sind unehrliche Leute. Sie betören ihre Umwelt mit dem moralischen Auftrag
entschlossen gegen die Arbeitslosigkeit vorzugehen. Und gleichzeitig bekunden sie, daß die
25 Erfüllung dieses Auftrags wohl scheitern *muß*: nämlich an den Notwendigkeiten, die mit den
Grundrechnungsarten der freien Marktwirtschaft nun einmal in Kraft sind. So gerne sie ihr
Bedauern und ihre "Betroffenheit" und ihr Entsetzen über die Massenarbeitslosigkeit zur Schau
stellen, so sachkundig geben sie sich in ihrem Respekt vor den Kalkulationen, die ihres Wissens
Arbeitslosigkeit unvermeidlich machen.

30 Demokraten stehen nicht an, aus den Arbeitslosen Werbeträger für ihre *guten Absichten* zu
machen, deren Scheitern sie haargenau *dem System* anlasten, das sie befürworten.

Ein abschreckendes Muster demokratischer Kritik

Arbeitslose vermehren sich auf denkbar einfache Weise. Immer wieder vermeldet ein
35 Unternehmen, daß das Arbeiten seiner Belegschaft, insgesamt oder teilweise, nicht mehr rentabel
ist. Wenn die Entlassungen mit roten Zahlen begründet werden, melden sich garantiert gestandene
Gewerkschaftler, aber auch "Bild"-Zeitung und "Handelsblatt" zu Wort. Sie klären die
Schuldfrage, bezichtigen die Unternehmensleitung ernster Fehler und ernennen die frischen
Arbeitslosen zu *Opfern des "Mißmanagements"*.

Mit diesem Vorwurf tun sich besonders Betriebsräte im Namen der Kollegen lautstark hervor. Sie wissen sich, soviel haben sie von der Demokratie mitgekriegt, als Arbeitnehmervertreter zur Kritik berechtigt; selbstverständlich sind sie gegen die Kündigungen, weil sich ein entlassener Kollege eben eindeutig schlechter stellt als ein verdienender. Dieser Tatsache entnehmen sie allerdings sogleich den Leitfaden für ihren Protest. Der geht auf in dem Anspruch auf "Beschäftigung" - und für dessen Erfüllung ist bzw. wäre schließlich der Betrieb zuständig. Daß er dieser Pflicht bisher nachgekommen ist, jetzt aber nicht mehr, verrät den Fehler: Wenn bis gestern die Kalkulation des Unternehmens so erfreulich mit dem Interesse an "Beschäftigung" harmoniert hat, jetzt aber das Geschäft die Indienstnahme der Arbeiter nicht mehr "erlaubt", dann hat sich die Betriebsleitung vertan. Hätte sie für einen guten Geschäftsgang Vorsorge getroffen, wären die Entlassungen *glatt überflüssig* gewesen!

Es ist nicht zu bestreiten, daß diese Sorte Kritik, die ein wenig sehr wie eine nachträgliche Unternehmensberatung klingt, einiges leistet. Sie würdigt sehr grundsätzlich die Berechnungen eines kapitalistischen Betriebs als Lebensbedingung von Lohnabhängigen. Daß *diese* Berechnungen gerade gegen die großartige Sozialleistung namens "Beschäftigung" ausschlagen - die Entlassungen finden ja gerade *zwecks* Geschäft statt -, übersetzt ich der Anwalt gedeihlichen Zusammwirkens von Arbeit und Kapital in einen Fehler, den letzteres entgegen seinen Gewohnheiten und Pflichten verbrochen hat. Genau in dem Augenblick, wo das Interesse am guten Geschäft nun wirklich nicht einmal dem dümmsten Beobachter wie ein Dienst am Arbeiter und seinem Lebensunterhalt vorkommen kann, wird dem Kapitalisten nach gutem demokratischen Brauch nur eines zur Last gelegt: Er hat *seine Sache schlecht gemacht*, sich an seinen eigenen Maßstäben vergangen, und nur deshalb "muß" er jetzt entlassen!

Mit dem peinlichen Eindruck, daß sie sich zum Fürsprecher des Konkurrenz Erfolgs "ihres" Betriebs aufschwingen, also ganz locker dafür eintreten, daß sich anderswo "ver" kalkuliert wird, können diese Fanatiker der Gleichung "ordentliches Geschäft = sichere Arbeitsplätze" offenbar gut leben. Ebenso mit dem begründeten Verdacht, daß der Eifer, den ein Betriebsrat in seiner Parteinahme für geschäftstüchtig herbeikalkulierte Arbeitsplätze an den Tag legt, in anderer Hinsicht Zurückhaltung verrät. Wer sich so für *Arbeitsplätze schlechthin* als "Leistung" des Kapitals begeistert, hat es nämlich nicht so sehr mit einer Kritik daran, wie Arbeitsplätze beschaffen sind. Und noch weniger fällt ihm ein Zusammenhang zwischen den Anforderungen an "geschaffenen" Arbeitsplätzen und den abgeschafften auf. Das würde nun wirklich nicht gut zu der als Kritik daherkommenden Aufforderung an Unternehmer passen, sie möchten genau rechnen und allzeit erfolgreich Geschäfte machen.

Kapitalisten lassen sich den "Mißmanagement"-Vorwurf übrigens gerne gefallen. Was die Anspielung auf ihr persönliches Versagen angeht, entlasten sie sich mit dem Verweis auf den Markt, auf Konkurrenten und auf allerlei Faktoren, für die sie garantiert nichts können. Wenn sie dann zugeben, nicht rechtzeitig auf die neue Lage reagiert zu haben dann ist dies die Vorbereitung der Botschaft, daß sie mit der jetzt beschlossenen Umstellung, zu der eben die Entlassungen gehören, genau das Nötige tun. Von ihren betriebswirtschaftlichen Kritikern gar nicht mit einem Angriff konfrontiert, der die *Unvereinbarkeit* ihres guten Geschäfts mit den Interessen der Lohnabhängigen behauptet, tragen sie den *Gegensatz* gelassen aus. Während sie sich praktisch dem Geschäft auf Kosten der Belegschaft widmen, begeben sie sich theoretisch ganz auf die Linie

derjenigen die sie tadeln. Erstens betonen sie, wie sehr sie selbst unter ihrem kranken Unternehmen leiden, das sie immerhin mit der Belegschaft und zu ihrem Wohl aufgebaut hätten. Zweitens sind sie jetzt zur Gesundung entschlossen, so daß die Entlassungen nur als die unumgängliche Maßnahme zur Sicherung der - übrigen - Arbeitsplätze betrachtet werden müßten.

5 Das Kapital vermehrt also nicht nur seinen Reichtum, sondern auch den Blödsinn, der in seiner Gesellschaft umläuft. Wenn schon daran geglaubt wird, daß die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen den - ordentlich versehenen - Beruf des Unternehmers ausmacht, dann sind Arbeitslose allemal der beste Beweis dafür.

Warum es Arbeitslose gibt

10

Das fragt sich mancher Zeitgenosse, vor allem deswegen, weil sie öfter zunehmen und immer nachgezählt werden. Und da es in der Demokratie üblich ist, alles, was man nicht versteht noch billigt, zu erklären, gibt es Auskünfte über die Notwendigkeit der überflüssigen Lohnarbeiter.

15

Dabei scheuen Demokraten, gestandene Gegner überholter Klassenkampfvorstellungen, keine Mühe. Insofern als sie ihre Staatsform als die Überwindung der rohen Sitten vergangener Tage schätzen gelernt haben, ist ihnen jede Vereinfachung zuwider, die bei übrigen Lohnarbeitern zu der Überlegung führt, *wofür* sie denn eigentlich nicht gebraucht werden. Daß sie auf Lohnarbeit angewiesen sind, ihre Dienste sich aber einfach nicht *rentieren* - dergleichen käme ja einer Po-

20

lemik gegen die freie Marktwirtschaft ziemlich nahe. Eine solche Vorstellung würde glatt das allseits beliebte "Gewinnstreben" und unser "Wachstum" dazu dafür verantwortlich machen, daß es eine erhebliche Anzahl von dienstbaren Geistern gibt, deren Dienste nicht gefragt sind. Kurz: In einer freien Gesellschaft wie der unsrigen gehört Arbeitslosigkeit nicht einfach "dazu", sondern ist das traurige, bedauernswerte Resultat von lauter nicht in den Griff zu bekommenden Umständen.

25

Daß kein geltendes und geheiligtes Interesse an überflüssigen Arbeitskräften schuld sein kann, geht schon einmal daraus hervor, daß die eine oder andere Ziffer bei der Zählung des Volkes beweist, wie *regional* bedingt der Bedarf an Arbeitskräften ist. Wo es an der Gegend liegt, herrscht "*regionale Arbeitslosigkeit*". Das leuchtet ein, denn es ist ja nicht zu übersehen, daß *dort* - z.B. im Bayerischen Wald - ein schöner Prozentsatz tobt.

30

Ganz anders liegt die Sache anderswo, wo nicht der Ort, sondern die Veränderungen im Geschäftsleben Prozente stiften. Das erlaubt den Schluß auf die *Zusammensetzung* der Wirtschaft dort, die einseitige oder auch nicht genügend "gezielte" Ausrichtung des Handels und Wandels. In solchen Fällen - vielleicht die Küstenstädte mit Werften, womöglich das Revier - *herrscht* eine ganz andere, nämlich die "*strukturelle Arbeitslosigkeit*". Das sitzt, weil ein solcher Grund für das

35

Auftreten des Übels ja wirklich kaum von jemand verursacht oder gewollt sein kann. Genau so ist es mit einem Prozentsatz der Arbeitslosenstatistik, der immer wieder vorkommt. Die "*saisonale Arbeitslosigkeit*" steigt und fällt mit den Jahreszeiten, wie der Name schon sagt. Das Entlassen und Einstellen läßt sich eben auch gut am Wetter entlang registrieren, wenn man unbedingt den

40

Wechsel von Temperaturen für die Entscheidungen verantwortlich machen will, die da immer so fallen. Nicht viel anders als das Wetter kommt das *wirtschaftliche* Klima in Betracht. Wer wüßte nicht, daß es Aufs und Abs gib, die noch so findige Unternehmer und auch die allerfleißigsten

Leute endgültig zur Ohnmacht verurteilen! Manchmal *herrscht* eben “*konjunkturelle Arbeitslosigkeit*” - und das kann jeder verstehen, dem es einleuchtet, daß Krisen, ein unter Zahlungsunfähigkeit “leidender” Markt, schlechte Anlagemöglichkeiten usw. allemal für eines gut sind: daß die auf Lohnarbeit angewiesenen gewöhnlichen Menschen dafür haftbar gemacht werden.

Region, Struktur, Saison und Konjunktur sorgen mithin dafür, daß es in der Bundesanstalt für Arbeit dauernd etwas zum Zählen gibt. Lauter “*Faktoren*” des Geschäfts, Dinge, *mit* denen kalkuliert wird, erhalten die Bedeutung einer unbeherrschbaren Ursache dessen, was wir alle nicht mögen. Diejenigen, die sich der schwierigen Aufgabe verschrieben haben, ein Unternehmen marktgerecht zu leiten und darüber Arbeitsplätze zu schaffen, sind in mancher Hinsicht aufgeschmissen. Und der Gipfel ihrer *Ohnmacht* ist damit noch nicht einmal erahnt. Der letzte und immer häufiger auftretende Grund für den leidigen Umstand, daß Unternehmen weniger Arbeitskräfte brauchen als es gibt, besteht nämlich darin, daß es *Konkurrenten* gibt. Die wohnen und unternehmen im Ausland, tun genau genommen nichts anderes als ihre Kollegen bei uns ja sie sehen ihre Schwierigkeiten ziemlich genau so wie die Arbeitgeber hierzulande - und doch: *Sie* sind der Grund für die Entlassungen *hier*.

Das *Schöne* an diesem Ergebnis demokratischer Ursachenforschung ist so *offenkundig*, daß es selbst die bemerken müssen, die es einleuchtend finden und mit den Konsequenzen einverstanden sind.

1. Wenn schon Geschäftsleute in den sauren Apfel beißen müssen und Arbeitsleute entlassen müssen, dann nicht hier und bei uns. Das ist das Prinzip der Solidarität - mit dem “eigenen” Betrieb, mit dem “Arbeitgeber”, von dem man schließlich abhängig ist.
2. Wenn der “*eigene*” Arbeitgeber durch die ziemlich unfaire Tour der anderen - Subventionen, Handelshemmnisse usf. - dazu gezwungen ist, *sein* Geschäft durch Ersparnisse bei den Lohnkosten gegen die Konkurrenz zu retten, dann geht das Opfer der Lohnabhängigen auch in Ordnung. Zum Ausgleich für die erlittenen Verluste kann er sich dem *Interesse der Nation* verschreiben.
3. Gefragt ist also gerade an der *sozialen* Frage, beim “Problem” der Arbeitslosigkeit, eine *Einsicht*. Sie gilt der Notwendigkeit Rationalisierung und damit verbundene Entlassungen verdienen rückhaltlosen Respekt. Es handelt sich dabei um die einzig brauchbaren, weil unausweichlichen Maßnahmen, mit denen sich “Arbeitgeber” durchsetzen können und ihres Amtes walten. Unterliegen sie nämlich in der internationalen Konkurrenz, haben die Proleten *auch* nichts zu lachen.
4. Die “Klärung” der Schuldfrage ist richtig verstanden, wenn die Bereitschaft zum richtigen “wir” daraus folgt. Nur durch Opfer bleibt “*unser Arbeitgeber*” einer.

Die Gefahren der Arbeitslosigkeit

Die Suche nach Gründen für überzählige Lohnabhängige verläuft durchaus erfolgreich. Auch über die Lehren, die praktisch aus den theoretischen Anstrengungen des engagierten demokratischen Sachverständes zu ziehen sind, besteht kein Zweifel. Und dennoch - die beste aller Staatsformen mag sich offenbar nicht nachsagen lassen, daß sie und ihre Repräsentanten nichts unternehmen. Zwar steht auf der Grundlage von reichlich absurden Beweisführungen fest, daß die industrielle Reservearmee ohne Zutun derer, die sie schaffen, entsteht und auch wächst. Doch zum

Befürworter einer unsozialen Affäre dieser Größenordnung will sich keine Instanz aufschwingen. Gegen die Arbeitslosigkeit muß man schon sein, und sei es nur in der Form, daß man ein besseres Investitionsklima samt der einschlägigen Anreize schaffen möchte.

5 Gegen die Arbeitslosigkeit energisch wettern sie für unerträglich halten - das läßt sich erst einmal ganz gut durch kräftiges Deuten auf die *Opfer* erledigen. Ein Gewerkschafter vermerkt angesichts einiger tausend neuer Entlassungen, daß da wohl "*Menschen verschoben und verscherbelt werden*". Klar, wem er damit Eindruck machen will. All denen, die meinen, das stünde dem Laden, in dem sie leben und dem sie die Treue halten, auf keinen Fall an. Der radikal-
10 humanistische Schrei lebt einzig von der Opposition zum Glauben, daß so etwas *bei uns* nicht ständig auf der Tagesordnung wäre. Irgendwie hat man den Eindruck, daß der Vorstand der IG-Metall etwas versäumt hat. Nicht nur die zweieinhalb Millionen offiziell Vershobenen, sondern auch wie es im wirklichen Leben sonst und in den Fabriken im allgemeinen zugeht. Wer das Erniedrigen und - Beleidigen von leibhaftigen Menschen verhindern will, sollte um seiner Glaubwürdigkeit willen besser nicht schon dreißig Jahre ein Amt in einer deutschen Gewerk-
15 schaft, damit auch in Aufsichtsräten bekleidet haben. Es sei denn, er meint mit seiner Anklage etwas ganz anderes. Nämlich, daß es ein schlechtes Licht auf das von ihm mitverwaltete *System*, auf die von ihm mitgestaltete Arbeitswelt wirft, was im Revier nun zum vierzigsten Mal passiert - eine brottrocken angesagte Massenentlassung, die dann auch mindestens halb so groß abläuft.

20 Die Sorge um den guten Ruf des Systems, das *nicht fertig wird* mit dem - natürlich unabhängig von ihm entstandenen - "Problem" gebietet auch einen gründlichen Blick nach Osten. Der hat nun einmal, weil er anders funktioniert, *dieses* Minuspünktchen nicht zu verzeichnen. So daß wir zu einem beherzten "Nein" greifen müssen, gegen eine völlig *ineffiziente Vollbeschäftigung*, durch die *Arbeitslose* in der Arbeit und anderswo *versteckt* und verköstigt werden, obwohl sie nach unseren Maßstäben nun wirklich nichts bringen.

25 So wäre die Systemblamage per Vergleich mit den Brüdern drüben ganz passabel erledigt. Die Frage, ob nicht einer hier ganz ohne Sympathien für drüben auf den Trichter kommt, in dem Laden könne ja wohl etwas nicht stimmen, wenn er Armut per Arbeitslosigkeit zur Regel mache, bleibt allerdings offen. Deshalb gibt es unter den Gegnern einer übertriebenen, schnörkellosen und immerzu sachkundig begründeten Arbeitslosigkeit auch schwer besonnene Gemüter. Aus
30 Gewerkschaftskreisen tönt die Warnung man solle nicht zuviel "*sozialen Sprengstoff*" anhäufen - und diese Warnung ist schwerlich mit dem Willen zu verwechseln, aufrührerisch tätig zu werden. Genau umgekehrt will die Botschaft verstanden sein: Sie möchte das gute System vor Schaden bewahren und rät deshalb zum vorsichtigen und dosierten Kalkulieren mit den Arbeitslosen. Natürlich in Deutschland mit einer kaum, aber immer noch salonfähigen Anspielung auf den
35 Faschismus - als wäre Entlassung dasselbe wie ein automatisches Bedürfnis nach einem Hitler.

Die Kritik an der Arbeitslosigkeit, wie sie unsere Staatsform belebt, leidet also keinesfalls an Orientierung. Ihr Leitfaden ist die Befürchtung, daß eine stattliche Reservearmee ein Argument
40 dagegen abgeben und als solches irgendwem einleuchten könnte. Leider ist diese Logik nicht nur bei denen üblich, die etwas zu melden und zu verantworten haben. Man kann auch schwer "betroffen" und von unten klagen, daß mit einer Massenentlassung in einem Stadtteil des Reviers so gut wie alles futsch ist. Daß *das Leben* und *die Heimat* erledigt sind wenn ein Stahlkonzern

seine Kalkulationen auf den fälligen Stand bringt, taugt ziemlich schlecht, wenn es einen Antrag an die Thyssen-Aufsichtsräte darstellen soll. Mehr als die Erinnerung daran, daß man sich - als Mensch, Konsument, Nachbar, Wirtshausgast, Mieter und Fußballfan... - ziemlich *in* *Abhängigkeit* begeben hat von dem "Arbeitgeber" der Gegend, ist es eben nicht. Und der Vorschlag, es doch bei dieser Abhängigkeit zu belassen, ist ziemlich müßig, weil die andere Seite gerade ermittelt hat, daß es nichts mehr bringt. Wer den Schaden hat, sollte nicht mit seinem Einverständnis protestieren gehen, das er für seine vorgestern noch in Anspruch genommenen Dienste aufbringt.

Immerhin gibt es genug kluge Köpfe in der Republik, die wenigstens eines mitbekommen haben vom Kapitalismus: Daß es ums *Geld* geht, und die Nicht-"Beschäftigung" von so vielen Leuten die Folge einer Rechnung ist - und nicht der böse Wille, einen Teil der arbeitenden Klasse heimatlos zu machen. Diese Durchblicker wenden das *Prinzip demokratischer Kritik*, welches ein energisches Dafürsein gebietet und jeden Einwand so enorm konstruktiv ausfallen läßt, gleich ganz glaubwürdig an. Sie verweisen auf die Kosten der Arbeitslosigkeit. Nicht auf die, die bei den Opfern entstehen, sondern auf die die sie dem System und seinen kalkulierenden Instanzen bereiten. So fällt ihnen die zweite ökonomische Bedeutung lohnabhängiger Kreaturen im Kapitalismus ein. Sie verweisen darauf, daß mit ihrem Lohn einiges an *Kaufkraft* für die Wirtschaft verloren geht. Und daß der Staat, der bei beschäftigten Lohnabhängigen kassieren kann und Geld in die Kassen seiner Zwangsversicherungen kriegt, dieses schöne Geld nun zu dem gänzlich unwirtschaftlichen Zweck der Almosenverteilung verplempert. Mit solchen gutgemeinten Klarstellungen über die Dienste, für die Lohnabhängige außer ihrer Arbeit auch noch ausersehen sind, täuschen sie sich nur ein wenig über die Rechnungen, die im Kapitalismus wirklich entscheidend sind. Es geht um *rentable* Arbeit und um ebenso *rentable* Armut und beides läßt sich mit einer gut organisierten Reservearmee schon bewerkstelligen.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

ist eine schwierige Sache. Der Betreuungs- und Mitleidswahn, der schwer in Mode gekommen ist, das Selbsthilfe-Wesen und die Sinnveranstaltungen, auf denen sich "Betroffene" ganz entschieden bezichtigen, *nichts Minderwertiges* zu sein - all das ist von vornherein nicht darauf berechnet, etwas zu ändern. Da geht es ums Aushalten.

Das klassische Kampfmittel der Lohnabhängigen, der Streik, taugt allerdings auch recht schlecht. Wie sollte man auch durch Entzug von Diensten, die keiner in Anspruch nehmen will, die eigene Benützung erzwingen!

Insofern stellt die Arbeitslosigkeit jeden, der sie loswerden möchte, vor die Systemfrage. Entweder wollen die braven Opfer der Lohnarbeit weiterhin mit und von den Grundrechnungsarten des Kapitals leben - dann können sie es nicht. Oder sie wollen ein anständiges Leben - das nicht in den vom Kapital eröffneten Alternativen zu kriegen ist. Dann müssen sie aber auch Schluß machen mit der Demonstration ihrer Bereitschaft, in *sozialfriedlicher* Koexistenz dem Kapital zur Verfügung zu stehen. Man kann schließlich die Systemfrage auch einmal umgekehrt aufmachen.

